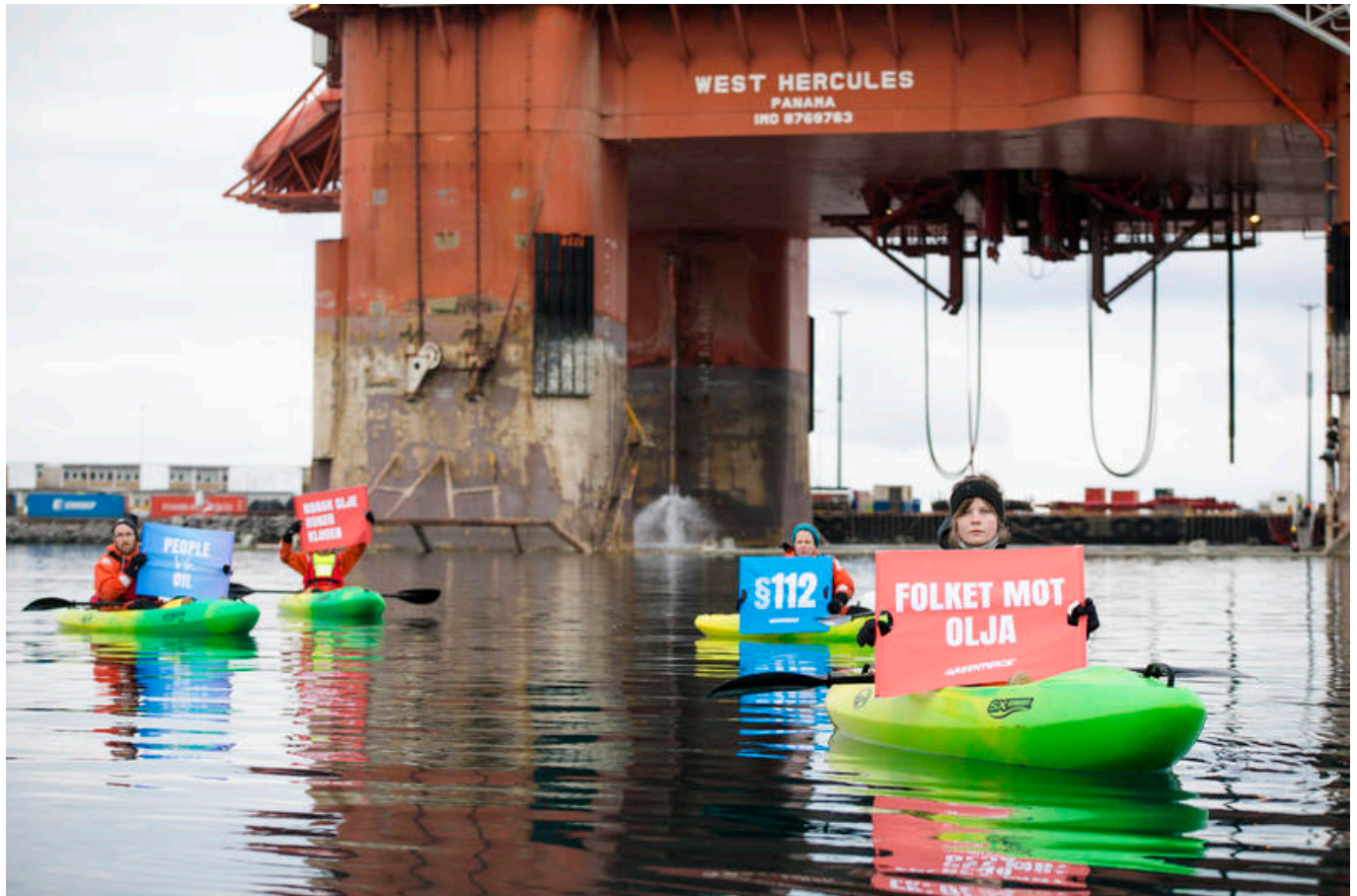


Das oberste norwegische Gericht, Bokmal genannt, beschäftigt sich in diesen Tagen mit einem Fall von erheblicher Tragweite.



Bei einem friedlichen Protest klettern Greenpeace-Aktivist:innen aus Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland auf die Ölbohrplattform West Hercules, die in der Nähe des Dorfes Rypefjord im Norden Norwegens liegt. (Foto: © Jonne Sippola / Greenpeace)

Einerseits geht es dabei um lukrative Öl-Bohrrechte in der Arktis, andererseits um den Umweltschutz. Um unterschiedliche Interessen also, die geradezu danach schreien, vor Gericht verhandelt zu werden.

Zunächst war in zwei Vorinstanzen die Vergabe von Explorationslizenzen an gut ein Dutzend Ölfirmen für rechtmäßig erklärt worden. 2016 war das, und Nutznießer des Urteils

hätte unter anderem der norwegische Energieriese Equinor sein sollen.

Nun jedoch die mögliche Wende: Unter anderem Greenpeace Norwegen hat für das Berufungsverfahren den Hut in den Ring geworfen und fordert ein Verbot der Ölbohrungen.

Dies geschieht unter Verweis auf Artikel 112 der norwegischen Verfassung, der laut einem Bericht der Deutschen Welle vorschreibt, die Umwelt vor (weiterer) Zerstörung zu schützen. Dies, so die Kläger, sei im Falle arktischer Ölbohrungen mitnichten gewährleistet. Im Gegenteil.

Dem widerspricht die Gegenseite vehement. Die Bohrlizenzen entsprächen „gründlichen und professionellen politischen Prozessen“ teilte für die norwegische Regierung Generalstaatsanwalt Fredrik Sejersted mit.

Die Anhörungen vor dem höchsten norwegischen Gericht werden sich wahrscheinlich bis in die kommende Woche hinziehen. Mit einem Urteil wird frühestens im Dezember gerechnet.

Mindestens solange werden Umwelt- und Klimaschützer in den arktischen Gewässern der Barentssee protestieren.

**Lesen Sie auch:**

- [Ölunfall in der Ostsee? Litauen schlägt Alarm](#)
- [Norwegisches Start-up will aus Ölplattform eine Fischzucht-Station machen](#)

sh